

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 147. Ratssitzung vom 21. November 2012

3320. 2010/404

Postulat der AL-Fraktion vom 22.09.2010:

Güterbahnhofareal, Erwerb und Nutzung im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Niklaus Scherr (AL) begründet namens der AL-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 540/2010): Aus folgenden Überlegungen halten wir unser Postulat aufrecht: Das Polizei- und Justizzentrum wird dereinst etwa zwei Drittel des Güterbahnhofareals beanspruchen. Ein Teil ist mietvertraglich noch bis ungefähr 2020 gebunden und als Reserve vorgesehen. Wir möchten die Stadt anregen, sich zu bemühen, Restparzellen vom Kanton zwecks öffentlicher Nutzung zu erwerben. An diesem zentralen Standort wäre beispielsweise ein zusätzliches Amtshaus denkbar. Eine Wohnnutzung dürfte neben der repressiven und abweisenden Nutzung durch das Polizei- und Justizzentrum hingegen kaum in Frage kommen.

Severin Pflüger (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 6. Oktober 2010 gestellten Ablehnungsantrag: Als das Postulat eingereicht wurde, fand ein grosser Ideenwettbewerb statt, der das Büro und die Parlamentsdienste übermässig stark beanspruchte. Für die Begründung des Postulats habe ich grundsätzlich Verständnis, allerdings liegt das Polizei- und Justizzentrum durchaus im Interesse des grössten Teils der Bevölkerung. Auch der Kanton braucht in der Stadt Land. Sollte er es aber an den Meistbietenden veräussern, und würde dies zur Schaffung von Wohnraum führen, wäre dies absolut in unserem Sinn. Wir bleiben bei der Ablehnung.

Weitere Wortmeldungen:

Patrick Hadi Huber (SP): Für eine spontane Zustimmung ist die SP zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu haben. Allerdings werden wir später, wenn das Polizei- und Justizzentrum gebaut ist, gern Hand bieten für die Umsetzung einer konkreten Idee zur Verwendung des restlichen Geländes.

Markus Knauss (Grüne): Es besteht durchaus noch eine gewisse Chance für das Vorhaben. Eine Prüfung ist daher sinnvoll. In diesem Gebiet passiert ja auch einiges; es wurden Baulinien festgesetzt, Geschäftshäuser werden neu- oder umgebaut usw. Die Stadtverwaltung hat unbestritten zu wenig Platz für öffentliche Bauten. Neben dem Polizei- und Justizzentrum wäre eine öffentliche, wenig verkehrsintensive Nutzung durchaus denkbar. Ich – und meine Fraktion hoffentlich auch – unterstütze das Postulat.

2 / 2

Dr. Davy Graf (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er einen Teil des Areals des Güterbahnhofs, auf dem das kantonale Polizei- und Justizzentrum geplant ist, erwerben und damit eine Nutzung im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung sichern kann.» Wir haben uns innerhalb der SP kurz abgesprochen und schlagen diese Änderung im Sinne der Ausführungen von Niklaus Scherr (AL) und einer hoffentlich breiten Koalition vor.

Dr. Richard Wolff (AL) ist mit der Textänderung einverstanden: Es wird ein kompakter, zum Hardplatz hin gerichteter Teil des Areals frei bleiben. Die Verkehrslage wäre also optimal.

Thomas Schwendener (SVP): Ich dachte eigentlich, alle drei Vorstösse würden zurückgezogen. Die Stadt wird in der Regel selber vorstellig, wenn sie Land kaufen will – dazu sind solche Postulate nicht nötig. Es wäre auf jeden Fall besser, erst einmal abzuwarten und alle drei Vorstösse abzulehnen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Die Textänderung ist natürlich nötig. Der Stadtrat steht bereits in Verhandlungen. In diesem Gebiet sind wir auf zusätzliches Gelände angewiesen, um Land abtauschen zu können. Preisgünstiger Wohnungsbau kommt dort selbstverständlich nicht in Frage. Die ganzen Verhandlungen werden aber sicher noch länger als zwei Jahre dauern, weshalb Sie nicht damit rechnen dürfen, dass das Postulat innert zweier Jahre erfüllt sein wird. Der Stadtrat ist aber klar bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er ~~einen Teil des~~ ~~das~~ Areals des Güterbahnhofs, auf dem das kantonale Polizei- und Justizzentrum geplant ~~w~~ar~~ist~~, erwerben und damit eine Nutzung im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung sichern kann.

Das geänderte Postulat wird mit 63 gegen 59 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat